

10. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. November 1958

330/J

A n f r a g e

der Abgeordneten S t e n d e b a c h und Genossen
an die Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und für soziale Verwaltung,
betreffend Vorgänge in der "Gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft
Neue Heimat" in Linz.

-.-.-.-

Zeitungsberichten zufolge sollen sich bei der "Gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Neue Heimat" in Linz, die in ganz Österreich Häuser baut und betreut, Unzukömmlichkeiten in der Geschäftsführung ergeben haben.

Bei der "Neuen Heimat" handelt es sich um Eigentum der Republik Österreich, da diese Genossenschaft im Sinne der Überführungsgesetze als ehemaliges DAF-Eigentum zunächst unter öffentlicher Verwaltung stand, später aber in Bundeseigentum überführt wurde. Es wird daher auch zu prüfen sein, inwieweit eine Einschau durch den Rechnungshof notwendig ist.

Neben dem bereits durch Zeitungsveröffentlichungen bekanntgewordenen "Schwarzen Fonds" aus Beiträgen von Lieferfirmen wird seit geraumer Zeit über die Art und Weise der Ausführung von Aufträgen seitens der monopolartig für Arbeiten im Auftrag der "Neuen Heimat" herangezogenen Firmen besonders in Kreisen der Mieter der "Neuen Heimat" geklagt.

So konnte festgestellt werden, dass die Baustoffhandlung Franz Wesenthaler in Attnang-Puchheim fast alle Aufträge für die "Neue Heimat" erhalten hat. Das gleiche gilt für die Firma APU-Farben-Ges.m.b.H. in Linz, Bindermichl, Eichendorffstrasse 1157, die erst vor zwei Jahren gegründet wurde und deren Gesellschafter die Herren Franz Wesenthaler (Eigentümer der zuerst genannten Baustoffgrosshandlung in Attnang-Puchheim) und Friedrich Kühberger sind. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass einer der beiden Geschäftsführer der "Neuen Heimat" ein Dr. Arthur Friedrich Kühberger ist, der aus Attnang stammt, wo sein Vater Friedrich Kühberger sozialistischer Bürgermeister ist. Der zweite Geschäftsführer der "Neuen Heimat" ist der ÖVP-Bundesrat Salzer, womit eine gemeinsame Verantwortlichkeit beider gegeben erscheint.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Herren Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und für soziale Verwaltung die

A n f r a g e n:

1. Sind die Herren Bundesminister bereit, anzuordnen, dass eine strenge Untersuchung über die angeführten Behauptungen eingeleitet wird?

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. November 1958

2. Ist es richtig, dass die beiden Geschäftsführer der "Neuen Heimat" Dr. Arthur Friedrich Kühberger und Bundesrat Salzer, aber auch der Beamte der "Neuen Heimat" Ing. Bernard Grundstücke aus dem Eigentum der "Neuen Heimat" zu einem Kaufpreis erhalten haben, der als unterwertig bezeichnet wird?

3. Wird die Gebarung der "Neuen Heimat" durch den Rechnungshof überprüft?

4. Sind die Herren Bundesminister bereit, eine besondere Überprüfung hinsichtlich der in der letzten Zeit gegen die "Neue Heimat" erhobenen Anschuldigungen durch den Rechnungshof in die Wege zu leiten?

-.-.-.-.-